

Verhaltene Konjunktur in den Industrieländern: Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit bleiben hoch

Die von expansiver Wirtschaftspolitik und dem regen Import der asiatischen Schwellenländer getragene rasche Belebung der Weltwirtschaft schwächt sich allmählich ab. Die EU profitiert zwar von der Exportdynamik, die Konjunkturerholung ist allerdings noch labil. Dazu trägt die hohe Unsicherheit in der Weltwirtschaft, die sich etwa in anhaltender Instabilität auf den Finanzmärkten äußert, ebenso bei wie die verhaltene Inlandsnachfrage, die auch durch die restriktive Budgetpolitik gebremst wird. Damit entspannt sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht.

Seit dem Herbst 2009 erholt sich die Weltwirtschaft aus der tiefen Rezession, vor allem dank kräftiger Impulse einer expansiven Budget- und Geldpolitik. Die Belebung der Konjunktur ist mittlerweile so stark, dass die Wirtschaft 2010 weltweit wieder real um 4% wachsen wird (2009 -1%). Allerdings unterscheidet sich das Tempo der Erholung wesentlich zwischen den Regionen und Ländern.

In Asien überschreiten Außenhandel und Industrieproduktion das Vorkrisenniveau bereits merklich, auch wenn sich die Zuwachsraten jüngst abschwächten. Den Motor des Aufschwungs bildet die lebhafte Expansion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in China (2010 real etwa +10%). Davon profitiert auch die japanische Wirtschaft, sie wächst 2010 real um 2¾%, kann aber trotz eines kräftigen Exportauftriebs das Problem der anhaltenden Deflation nicht überwinden. Die Wirtschaft der lateinamerikanischen Schwellenländer expandiert dank weltweit reger Nachfrage nach Rohstoffen ebenfalls stark, zunehmend belebt sich auch die Binnennachfrage.

In den USA setzte nach Überwindung der Rezession zunächst dank einer expansiven Wirtschaftspolitik und des Wiederaufbaus von Lagerbeständen eine kräftige Erholung ein. Das Wirtschaftswachstum wird 2010 bei real 2¾% liegen. Allerdings schwächt sich die Konjunktur seit Anfang 2010 ab, auch weil sich die Sparquote der privaten Haushalte merklich erhöht hat und die Lage im Immobilien- und Finanzsektor nach wie vor labil ist. Die Expansion ist damit zu gering, um die Arbeitslosenquote, die sich infolge der Krise auf knapp 10% der Erwerbspersonen verdoppelt hat, nennenswert zu senken. Die Wirtschaftspolitik der USA bleibt in der Grundtendenz expansiv ausgerichtet, die Stabilisierung des Finanzierungssaldos des Staates bei -11% des BIP ist primär auf das Ende der Rezession zurückzuführen.

In der EU wächst die Wirtschaft 2010 real um 1¾%. Sie holt damit knapp die Hälfte des Einbruchs in der Rezession des Vorjahres auf. Innerhalb der EU bestehen allerdings erhebliche Unterschiede. Vor allem Deutschland profitiert dank der Ausrichtung seiner Exportindustrie auf

Investitionsgüter und deren hoher preislicher Wettbewerbsfähigkeit vom Aufschwung der Weltwirtschaft: Das BIP steigt 2010 real um mehr als 3%. Trotz zweistelliger Zuwachsraten im Export erholt sich die Inlandsnachfrage nur zögerlich. Dies trägt zu einer Ausweitung der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte bei und macht die Konjunktur stark von der Entwicklung der Weltwirtschaft abhängig. Die relativ günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt könnte die Konsumaussichten allerdings aufhellen. Vor allem aufgrund einer geglückten Beschäftigungspolitik (staatlich subventionierte Kurzarbeit und tarifvertraglich vereinbarte temporäre Verkürzung der Arbeitszeit) sank die Beschäftigung in der Krise nur wenig; die Arbeitslosenquote stieg nicht und war im Herbst 2010 mit knapp 7% der Erwerbspersonen deutlich niedriger als im Euro-Raum (10%). Auch andere Länder, deren Wirtschaft mit der deutschen Exportindustrie eng verflochten ist, verzeichnen eine merkbare Konjunkturbelebung. Das gilt für Österreich, die Niederlande, Belgien und die skandinavischen Länder, aber auch für Tschechien und die Slowakei. In Polen profitiert die Wirtschaft von der kräftigen Inlandsnachfrage.

Die Budgetpolitik jener EU-Länder, in denen der negative Effekt des Einbruchs der Weltwirtschaft durch eigene Strukturprobleme etwa im Immobiliensektor oder in der Wettbewerbsfähigkeit verstärkt wurde, musste schon im Jahr 2010 einen sehr restriktiven Kurs einschlagen. Die Rezession wurde dort noch nicht überwunden. So schrumpft die Wirtschaftsleistung in Griechenland 2010 real um 4% und wird 2011 neuerlich zurückgehen. Auch in Spanien, Portugal, Irland und einigen osteuropäischen Ländern wie Ungarn, Bulgarien und Lettland bleibt die Konjunkturlage angespannt. In diesen Ländern hat die Arbeitslosigkeit ungebrochen steigende Tendenz. In Spanien überschreitet die Arbeitslosenquote seit Mitte 2010 die Marke von 20% der Erwerbspersonen, in den baltischen Ländern nähert sie sich ihr rasch. Die Jugendarbeitslosenquote liegt dort wie in Spanien bei 40%.

Die erheblichen Unterschiede innerhalb der EU in Bezug auf die Konjunktur, aber auch auf die Leistungsbilanz- und Budgetsalden sowie die Höhe und Entwicklung der Arbeitslosigkeit stellen die gemeinsame Wirtschaftspolitik vor erhebliche Schwierigkeiten. In einer besseren Koordination auf EU-Ebene könnten die Bemühungen um Budgetkonsolidierung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in den Ländern mit Leistungsbilanzdefizit mit Maßnahmen zur Ausweitung der Inlandsnachfrage in den Ländern mit hohem Leistungsbilanzüberschuss wie Deutschland, Österreich oder den skandinavischen Ländern verknüpft werden. Die EU steht insgesamt vor der schwierigen Aufgabe, die umfangreichen Budgetdefizite und die außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit gleichzeitig zu bekämpfen. Entscheidet sie sich dafür, nur ein Ziel anzustreben, dann droht eine Verschärfung der Zielverfehlung im anderen Bereich.

Hingegen bedeutet die Inflation kein drängendes Problem. Der konjunkturbestimmte Preisauftrieb ist sehr verhalten, die Kerninflationsraten sind niedrig und stabil. Der leichte Auftrieb der Verbraucherpreise ist primär eine Folge des Anstiegs der Weltmarktpreise für Energie und andere Rohstoffe. In einigen Ländern bewirkt auch die Anhebung von Verbrauchssteuersätzen einen einmaligen Preisschub.

Im internationalen Finanzsystem herrscht weiterhin erhebliche Unsicherheit. Sie wird in Europa von der Staatsschuldenkrise, in den USA von der labilen Lage der Immobilienmärkte genährt

und kommt in hoher Volatilität von Wechselkursen, Rohstoffpreisen und Aktienmärkten zum Ausdruck. Der Dollarkurs hat auf einen Abwärtstrend gegenüber den anderen Währungen eingeschwenkt. In vielen Schwellenländern, aber auch in Japan oder dem Euro-Raum ist die Währung zunehmend überbewertet.

Die Konjunktur der Industrieländer wird derzeit in erheblichem Ausmaß von der Nachfrageexpansion in den asiatischen und lateinamerikanischen Schwellenländern getragen. Einerseits kommt den Industrieländern so der anhaltende Aufholprozess dieser Volkswirtschaften zugute, andererseits bildet diese einseitige Abhängigkeit ein erhebliches Konjunkturrisiko.

Wien, am 24. November 2010

Rückfragen bitte an

Dr. Stefan Ederer, Tel. (1) 798 26 01/464, Stefan.Ederer@wifo.ac.at (am 25. November 2010 von 9 bis 17 Uhr).

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem WIFO-Monatsbericht 11/2010

(http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=40785&typeid=8&display_mode=2).